

## FPÖ zieht Halbzeitbilanz im Burgenland

„Blau wirkt“, skizzierte FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz die Halbzeitbilanz der rot-blauen Landesregierung. Nach drei Jahren Rot-Blau ist das Burgenland wirtschaftlich auf Erfolgskurs und die Bevölkerung mit der Landesregierung höchst zufrieden. **S. 13**



Foto: FPÖ Burgenland

# EU in der Asylpolitik jetzt auf FPÖ-Linie!

Österreich-Vorschlag zu „Ausschiffungsplattformen“ in Nordafrika wird erprobt **S. 2/3**



## Das Reformtempo der Koalition überzeugt!

Eine Bilanz über das erste halbe Jahr der neuen Bundesregierung – **S. 4/5**

### PARLAMENT

#### Reine Panikmacherei

Die angestrebte Reform des Sozialversicherungswesens treibt die Genossen zu Höchstleistungen in Sachen Panikmacherei. FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein entgegnet: „Es gibt keine Spitalschließungen, die medizinische Versorgung ist gesichert!“ **S. 6**

### AUSSENPOLITIK

#### Milliarden oder Nichts?

Während Afrikas Kleptokraten und Brüsseler Beamte auf einen „Marshall-Plan“ für Afrika hoffen, schlagen Experten einen anderen Weg vor: Schluss mit der Entwicklungshilfe, die nichts bewirkt. Afrikas Politiker müssen selbst Verantwortung übernehmen. **S. 8/9**

### WIEN

#### Hacker hält Kurs

Der neue SPÖ-Sozialstadtrat Peter Hacker hält an der rot-grünen „Willkommenspolitik“ fest. Wien brauche Einwanderung, egal ob aus Afghanistan oder aus Tirol. FPÖ-Gudenus kritisiert Hackers „Realitätsverlust“ bei der Beurteilung der Einwanderung. **S. 11**

### IN EIGENER SACHE

Liebe Leser! Die nächste Ausgabe der NFZ erscheint wegen der Sommerpause wieder am 9. August 2018. Die NFZ wünscht allen Lesern einen erholsamen Urlaub!



Foto: NFZ



# Kgasse manövriert

## Asylzentren in Nordafrika findet große Akzeptanz



Politik eine Wende verordnet haben. FPÖ-Innenminister Herbert Kickl und „Schiffungsplattformen“ die Schlepperei über das Mittelmeer beenden.

Längerfristig stehe auch dabei der von Österreich forcierte Vorschlag auf der Agenda, Zentren für in Europa abgelehnte Asylwerber in Drittstaaten zu errichten, teilte Kickl mit. Auch hier habe es Übereinstimmung mit „vielen Mitgliedsstaaten“ gegeben. Hierbei forderte auch der EU-Kommissar verstärkte Anstrengungen der Mitgliedstaaten bei den Rückführungen.

### Schwache Kritik aus Brüssel

Auf Kritik und Ablehnung stießen die erreichten Einigungen bei zwei österreichischen Europapar-

lamentariern, Josef Weidenholzer (SPÖ) und Heinz Becker (ÖVP). Während Weidenholzer die geplante „Festung Europa“ ablehnte, forderte Becker den Ausbau der „legalen Migration“ nach Europa mit der strapazierten Klage vom „Fachkräftemangel“.

Dabei dürfte der ÖVP-Abgeordnete aber übersehen haben, dass es die Möglichkeit der Fachkräfte-Einwanderung schon seit Jahren gibt, nämlich über die Rot-Weiß-Rot-Card. Damit können nur wirkliche Fachkräfte einwandern, wenn man daran interessiert wäre.

### AUFSTEIGER ↗



Österreichs FPÖ-Innenminister **Herbert Kickl**, der es geschafft hat, die EU-Fixierung auf die Asylwerber-Umverteilung zu beenden. Damit geht die EU jetzt das Migrationsproblem dort an, wo sie ihr Mandat hat, an ihrer Außengrenze.

### ABSTEIGER ↘



Luxemburgs Außenminister **Jean Asselborn**, der noch immer an der „Willkommenspolitik“ festhält, weil die EU eine Flüchtlingswelle wie 2015 noch immer nicht anders bewältigen könne. Der Schutz der Außengrenzen sei „unmöglich“.

### KURZ UND BÜNDIG



### Verfassungskonform

Hoherfreut zeigt sich der Bildungs- und Jugendsprecher der Wiener FPÖ, Stadtrat Maximilian Krauss (Bild), über die Empfehlungen des Verfassungsdienstes in Bezug auf das – von den Freiheitlichen seit Jahren geforderte – Kopftuchverbot in Kindergärten. „So, wie es aussieht, könnte das Verbot bald umgesetzt werden“, erklärte Krauss. Vor allem in Wien sei dieses Gesetz besonders wichtig und nötig, nehme die Zahl der moslemischen Kinder und deren Indoktrinierung doch gerade in der Bundeshauptstadt rasant zu.

### Falsches Lockmittel

FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker (Bild) wies die Forderung des Salzburger ÖVP-Landeshauptmanns Wilfried Haslauer zurück, wonach Asylwerber, die eine Lehre machen, automatisch in Österreich bleiben sollten: „Die Absolvierung einer Lehre hat nichts damit zu tun, ob ein Asylgrund vorliegt oder nicht. Wenn kein Grund besteht, müssen abgelehnte Asylwerber auch konsequent in ihre Heimat rückgeführt werden.“ Haslauer's „Asyl-Aufweichung“ würde nur noch mehr Migranten nach Österreich locken.



### Rote Panikmacher

Die letztwöchige Aussage von SPÖ-Bundesrätin Elisabeth Grossmann, dass es Gesundheitsprojekte wie den Mutter-Kind-Pass sowie zusätzliche Hebammenleistungen und Ultraschalluntersuchungen in Zukunft nicht mehr geben soll, wies FPÖ-Bundesrat Bernhard Rösch (Bild) empört als „Panikmacherei der billigsten Art“ zurück: „Nichts daran ist wahr! Alle Verträge zwischen Ärzten und Sozialversicherungen werden weiterhin erfüllt, und es wird weder zu Versorgungsengpässen, noch zu Leistungskürzungen für Patienten kommen. Hier wird nur schäbigste Panikmacherei auf Kosten der Versicherten gemacht.“



**BILD DER WOCHE** Verkehrte Asylwelt: Ein anerkannter syrischer Asylant demonstriert für raschere Rückkehr in seine Heimat.

**Der Nationalrat macht jetzt Sommerpause, aber in den FPÖ-Ministerien wird eifrig weitergearbeitet. Das prägt insgesamt den Stil der neuen Bundesregierung: Nach dem ewigen Gezänk und dem Stillstand der Vorgängerregierungen werden längst überfällige Reformen angegangen und umgesetzt. Vor allem werden auch tabulos Lösungen für die Probleme gesucht, die den Bürgern seit Jahren unter den Nägeln brennen, aber bisher aus Angst vor Interessenverbänden, politisch-korrekten Tugendwächtern oder Brüsseler Gegenwind beiseite geschoben wurden wie Asyl, Bürokratiedschungel, Sicherheit oder Einwanderung. Diese Koalition packt an. Eine erste Zwischenbilanz.**

### Das Sicherheitspaket für mehr Sicherheit in Österreich:

Bis Ende 2022 wird es 2.100 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten auf der Straße und 2.000 Polizisten in Ausbildung geben.

Moderne Ermittlungsmethoden, insbesondere verbesserte Überwachungsmöglichkeiten im Internet und Anlasedatenspeicherung sorgen für mehr Sicherheit.



Foto: BMWi/Bertl Probauer

### Das neue Fremdenrecht für effizienteres Asylwesen und gegen Asylmissbrauch:

Künftig können Mobilfunkdaten zur Feststellung von Identität und Reiseroute ausgewertet werden.

Asylwerber mit großen Mengen Bargeld sollen einen Beitrag zur Grundversorgung leisten, und für straffällige Asylwerber wird eine „Anschlusschubhaft“ möglich.

### Die Maßnahmen gegen den politischen Islam:

Bis zu 60 Imamen droht die Ausweisung – Grund sind Verstöße gegen das Islamgesetz.

Das Islamgesetz wird endlich exekutiert.

### 2018 – Das Jahr der konsequenten Rückführungen:

Abgelehnte Asylwerber werden jetzt endlich konsequent in ihre Heimat abgeschoben, wenn sie nicht freiwillig ausreisen.

Die Zahl der Abschiebungen ist im 1. Halbjahr 2018 um rund 40 Prozent angestiegen.

Das zuständige Amt für Fremdenwesen und Asyl legt in die-

sem Jahr den Schwerpunkt auf die Rückführung.

### Der Paradigmenwechsel in der europäischen Asylpolitik:

Gemeinsamer EU-Grenzschutz statt Quotenverteilung von Asylwerbern.

Mit entschlossenem Auftreten und voller Kooperation mit den Westbalkan-Staaten ist Österreich für einen möglichen neuen Migrantenansturm bestens gerüstet. Dafür wurde die Grenzschutzereinheit „Puma“ innerhalb der Polizei aufgebaut.

### Mehr Sicherheit vor Kriminalität und Terror:

Das Sicherheitspaket bietet mehr Möglichkeiten, um gezielt gegen potentielle Schwerverbrecher und Terroristen vorzugehen.

Die verstärkte Beobachtung extremistischer Gruppen zur Verhinderung von religiös und politisch motivierten Straftaten ist das Ziel einer Reform des Verfassungsschutzes.

### Strafen für Behinderung von Rettungsmaßnahmen und „Unfall-Gaffer“:

Mit einer Reform des Sicherheitspolizeigesetzes gibt es endlich die Möglichkeit, gegen Unfall-Gaffer vorzugehen. Sie können künftig leichter wegweisen und auch mit Geldstrafen belegt werden.



Foto: NZF

### Der „Familienbonus Plus“ – die größte Steuerentlastung für Familien in Österreich:

Familien erhalten einen Steuerbonus von bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr.



Foto: BMWi, Dragan Tadic

**Thema der Woche**

Eine Koalition der Tatkräftigen: Die türkis-blaue Regierungsmannschaft

# Es geht voran – Die

## Die Überwindung des Stillstands ist geglückt: ÖVP und

950.000 Familien und 1,6 Mio. Kinder werden ab 1.1.2019 profitieren.

Das ist die größte Entlastung für Familien in der 2. Republik.

Keine Lohnsteuer für eine Familie mit einem Kind, in der ein Elternteil weniger als 1.700 Euro verdient.

### Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge bringt eine Entlastung für niedrige Einkommen:

Ab 1. Juli 2018 tritt die Entlastung für Einkommen bis 1.948 Euro brutto im Monat in Kraft.

Im Schnitt bedeutet das 310 Euro mehr pro Jahr für bis zu 900.000 Österreicherinnen und Österreicher.

### Die Universitätsfinanzierung NEU bringt bessere Studienbedingungen und mehr Mittel für die Unis:

Die Finanzierung der Universitäten orientiert sich künftig an der Studierendenzahl, deren Prüfungsaktivität, der Anzahl der Studienplätze und dem Personal.

Die Universitätsfinanzierung NEU bringt für Studierende bessere Studienbedingungen und mehr Verbindlichkeit – für die

Universitäten bessere Planbarkeit und mehr Geld, plus 1,34 Milliarden Euro für Österreichs Universitäten.



Foto: Bildz.com/DFD

### Die Einrichtung von Deutschförderklassen mit dem Ziel „Deutsch vor Schuleintritt“:

So verbessern wir die Deutschkompetenz von Schülerinnen und Schülern nachhaltig und steigern die Integration und Erfolgchancen aller Kinder.

Eigene Deutschförderklassen wird es ab Herbst 2018 geben.

### Die Lehrlingsoffensive sichert Fachkräfte für die Zukunft:

Sicherung von Fachkräften durch Digitalisierung und attraktivere Lehrberufe.

Es wird sieben neue sowie sechs modernisierte Lehrberufe mit Fokus auf Digitalisierung für



Setzt das im Dezember 2017 beschlossene Regierungsprogramm zügig um.



HC Strache  
FPÖ-Bundesparteiobmann

Die FPÖ in der Bundesregierung wirkt! Die Halbjahresbilanz macht sichtbar, dass unsere Versprechen mehr sind als bloß leere Worthülsen. Wir bringen die Dinge auf den Boden, die von den Vorgänger-Regierungen nicht angegangen wurden.

### Wir packen an!

Mit dem Tag der Angelobung, dem 18. Dezember 2017, haben wir sofort begonnen, unsere Versprechen umzusetzen – und das mit großem Erfolg!

Alle Umfragen der vergangenen Monate zeigen, dass die Bevölkerung nicht nur mit der Arbeit der Bundesregierung im Allgemeinen sehr zufrieden ist, sondern speziell mit der Performance der FPÖ. Wir setzen auf unsere Kernthemen wie Asyl, Sicherheit oder Familien.

Gleichzeitig konnte die Freiheitliche Partei bei allen Landtagswahlen – Niederösterreich, Tirol, Kärnten und Salzburg – deutliche Zugewinne verbuchen. Auch das werten wir zuletzt als Zeichen dafür, dass die FPÖ in der Bundesregierung wirkt. Die Bürgerinnen und Bürger wollen auch Veränderung in ihren Bundesländern. Wir sind auf einem guten Weg!

In den 21 Ministerräten wurden 400 Beschlüsse gefasst. Wir gehen die Dinge nämlich sofort an und warten nicht auf bevorstehende Wahlkämpfe!

Mehr als 50 Regierungsvorlagen wurden auf den Weg gebracht, dutzende Vorlagen sind in Begutachtung oder knapp vor Beschluss. Das alles sorgt für die Fairness, die wir versprochen haben!

Diese Regierung hat in ihrem ersten Halbjahr eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sie angetreten ist, um zu gestalten und nicht bloß zu verwalten. Wir haben für die Österreicher gearbeitet und werden das auch weiterhin tun.

# Die erste Bilanz der Koalition

Die FPÖ setzten in den ersten acht Monaten ihre Wahlversprechen zügig um

rund 2.000 Lehrlinge ab Herbst 2018 geben

Maßnahmen – und nicht bei den Menschen.

Kinder und bringt somit mehr Gerechtigkeit.

## Senkung der Umsatzsteuer von 13 auf zehn Prozent zur Entlastung für den heimischen Tourismus:

Die Umsatzsteuersenkung für Beherbergungen bringt die wichtige Entlastung für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts, von der mehr als 30.000 Betriebe in Österreich ab 1. November 2018 profitieren.



## Das Doppelbudget 2018/2019 – Das Budget der Veränderung:

Erstmals seit 1954 wird der Bund 2019 weniger ausgeben als er einnimmt, also keine neuen Schulden zu Lasten künftiger Generationen.

Der Staat spart bei sich selbst – in der Verwaltung und durch die Rücknahme ineffizienter

## Das Jahressteuergesetz 2018 bringt strengere Regeln gegen Steuervermeidung:

Die Ausweitung der verbindlichen Rechtsauskunft des Finanzamtes für Unternehmer.

Die Streichung von Gebühren.

## Abschaffung des Pflegeregresses bei gleichzeitiger Sicherung der Finanzierung des Pflegesystems:

Ein ungerechtes System wird beseitigt.

Einigung mit den Ländern zur Frage der Finanzierung der dadurch entstehenden Mehrkosten: Der Bund unterstützt die Länder mit maximal 340 Millionen Euro, aber gezahlt wird nur jene Summe, die tatsächlich benötigt wird.

Damit ist eine qualitätsvolle und zuverlässige Pflege in Österreich gesichert.

## Die Indexierung der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder:

Die Anpassung der Familienbeihilfe und des Kinderabsetzbetrages erfolgt an das Preisniveau des Wohnstaates der



## Mit der Rechtsbereinigung fallen 2.500 veraltete Vorschriften weg:

Alle einfachen Bundesgesetze und Verordnungen, die vor dem 1. Jänner 2000 kundgemacht wurden, werden Ende 2018 automatisch außer Kraft gesetzt – außer man braucht sie:

Von 5.000 Vorschriften werden so rund 2.500 veraltete wegfallen.

## Die Klima- und Energiestrategie „#mission2030“ beweist, dass Umwelt und Wachstum in keinem Widerspruch zueinander stehen:

Reduktion von Treibhausgasemissionen.

100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energiequellen.

Fortsetzung auf Seite 6



HOHES  
HAUS

Norbert Nemeth  
Clubdirektor der FPÖ

Vor der Sommerpause stand eine Plenarwoche des Bundesrates auf dem Programm, in dem die FPÖ aktuell über 16 Mandatäre verfügt. Der Bundesrat folgte dem Appell von Opposition und ÖGB nicht, ein Veto gegen die Beschlüsse des Nationalrats einzulegen, die neuen, flexibleren Arbeitszeitregeln können damit am 1. September in Kraft treten.

## Wieder Pflastersteine

Es gebe keinen Anlass für eine Verunsicherung der Bevölkerung, auch die Arbeitnehmer würden von der Arbeitszeitflexibilisierung profitieren, zeigte sich unser Bundesrat Gerd Krusche überzeugt.

Völlig unverständlich hingegen eine Aktion der Grünen Bundesrätin Ewa Dziedzic, die zwei Pflastersteine auf der Regierungsbank deponierte. Kein Wunder, dass sie mit ihren „Argumenten“ ebenso wenig Gehör fand wie die SPÖ-Fraktion mit ihrer haltlosen Angstmacherei.

Seitens der Regierung verteidigten Vizekanzler HC Strache, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein die neuen gesetzlichen Bestimmungen in einer insgesamt mehr als vier Stunden dauernden Debatte.

Auch die vom Nationalrat beschlossene „Kostenbremse“ für die Sozialversicherungen bestätigte der Bundesrat in seiner Richtigkeit, zumal dies notwendig ist, um die geplante Zusammenlegung der Sozialversicherungen nicht zu konterkarieren.

Ohne Einspruch haben zudem andere Beschlüsse wie der Steuerbonus für Familien oder die Verschärfungen im Fremdenrecht den Bundesrat passiert.

Fortsetzung von Seite 5

Der langfristige Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft.

### Auftritt der Bundesregierung mit einheitlicher „Corporate Identity“:

Der Anspruch, einen neuen, gemeinsamen Stil in die Regierungspolitik zu bringen, soll sich auch im graphischen Erscheinungsbild fortsetzen.

Im Sinne der Sparsamkeit, aber auch des gesteigerten Wiedererkennungswertes wurde daher eine einheitliche „Corporate Identity“ der Bundesregierung etabliert.

Herzstück und gleichzeitig erster Schritt ist ein einheitliches Logo der Bundesregierung.

### Das Standortpaket für einen starken Wirtschaftsstandort Österreich:

Bürokratieabbau für Unternehmen durch den Entfall von Genehmigungsverfahren für viele Betriebsanlagen. 1.000 Verfahren pro Jahr fallen weg, rund 18.000 Betriebe profitieren.

Standortentwicklungsgesetz und Verankerung des Wirtschaftsstandorts als Staatsziel in der Verfassung.

Adaption und Verankerung des Grundsatzes „Beraten, statt Strafen“ bis zum 3. Quartal 2018.



Foto: swiss-image

### Schwerpunkt Digitalisierung wird Österreich in das digitale Zeitalter bringen:

Mit der Digitalisierung der Verwaltung erleichtern wir das Leben der Menschen.

Über die Website [oesterreich.gv.at](http://oesterreich.gv.at) werden ab 2019 alle Österreicherinnen und Österreicher einen zentralen Zugang auf die Online-Services des Bundes haben.

5G-Strategie macht Österreich zu einem weltweiten Vorreiter im 5G-Ausbau. Schnelles Internet bis 2025 flächendeckend im ganzen Land eröffnet neue Möglichkeiten.

### Die „Taskforce Strafrecht“ für Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen und Kinder:

Eine eigene Arbeitsgruppe analysiert das Strafrecht und verschärft, wo nötig.

Erste Ergebnisse wird es im Sommer 2018 geben, den Endbericht im 1. Halbjahr 2019.



Foto: NFZ

### Kinderschutzgesetz mit einem Kopftuchverbot in Kindergärten und Volksschulen:

Die neutrale und konfliktfreie Betreuung in Kindergärten und Volksschulen im Einklang mit unseren Werten schützt vor Stigmatisierung: Deshalb ein Kopftuchverbot für kleine Mädchen.

### Medienquote als Startschuss für echten medienpolitischen Diskurs:

Mit der Medienquote hat die Bundesregierung den Startschuss für einen richtigen medienpolitischen Diskurs gesetzt. Es geht darum, die heimische Medienlandschaft für das digitale Zeitalter gut zu positionieren und so österreichische Inhalte in den Medien zu sichern.

### Gedenkjahr 2018 mit Gedenkmauer für die jüdischen Opfer der Shoah:

Errichtung einer Namens-Gedenkmauer für die jüdischen Opfer der Shoah an einem zentralen Ort in Wien. Damit soll eine individuelle, namentliche Erinnerung an die mehr als 66.000 ermordeten Jüdinnen und Juden aus Österreich ermöglicht werden.

### Mehr Sicherheit für Österreich über „Sicherheitsinseln“ für den Krisen- und Katastrophenfall:

Sicherheitsinseln sollen im Krisen- und Katastrophenfall die Versorgung aller Regionen für einen bestimmten Zeitraum sicherstellen.

Sie sollen die logistische, technische und infrastrukturelle Unabhängigkeit gewährleisten bei Energie- und Wasserversorgung, Kommunikation oder Lebensmittelvorräten.

Es werden zwölf Kasernen geprüft, die zu Sicherheitsinseln ausgebaut werden können.

### Mindestsicherung NEU bringt mehr Gerechtigkeit für die Österreicher:

Bundeseinheitliche Lösung der Mindestsicherung.

Wer lange eingezahlt hat, bekommt auch mehr heraus.

Wer die volle Mindestsicherung will, muss ausreichend Deutsch können.

Alleinerziehende erhalten zusätzlich für jedes minderjährige Kind einen Bonus.

### Pensionsbonus zur Mindestpension nach 40 Beitragsjahren:

Eine erhöhte Mindestpension von 1.200 Euro nach 40 Beitragsjahren und die Abschaffung von Pensionsprivilegien bringen mehr Gerechtigkeit.

### Sozialversicherungs-Reform mit maximal fünf statt bisher 21 Trägerinstitutionen:

Einfachere Strukturen durch fünf statt bisher 21 Träger. Das soll Einsparungen von rund einer Milliarde Euro bis 2023 in der Verwaltung bringen: Wir sparen im System und investieren in die Gesundheit der Menschen.



Foto: swiss-image

### Arbeitszeitflexibilisierung ermöglicht die Vier-Tage-Woche jetzt per Gesetz:

Es bleibt bei Acht-Stunden-Tag und 40-Stunden-Woche als gesetzliche Normalarbeitszeit.

Es können ab 1. September 2018 jedoch freiwillig bis zu zwölf Stunden pro Tag gearbeitet werden, mit vollen Zuschlägen oder mit Gleizeit und einer Vier-Tage-Woche und mehr Tagessfreizeitblöcken.

Arbeitnehmer erhalten erstmals gesetzlichen Schutz und Rechtssicherheit, weitere Überstunden (11. und 12. Stunde) ohne Angabe von Gründen ablehnen zu können. Auch ein Kündigungsschutz ist gegeben.

Weder Unternehmer noch Betriebsrat können über den Kopf des Arbeitnehmers entscheiden.

Alle Kollektivverträge und Betriebsratsvereinbarungen bleiben bestehen.

# Billige Horrorszenarien der Reformblockierer

Aber: Sozialversicherungsreform ist keine Ausgaben- sondern eine „Missbrauchsbremse“

Die Blockierer wehren sich gegen eine Reform der Sozialversicherungen und der AUVA. „Es wird zu keiner Verschlechterung der Gesundheitsleistungen für die Patienten geben“, versichert Sozialministerin Beate Hartinger-Klein, man bekämpfe nur den Missbrauch.

Zunächst eine kolportierte „Ausgabenbremse“ bei den Sozialversicherungen und wenig später ein angeblicher „Sparplan“ für die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) sorgten die letzten Tage für einen politischen Wirbel. Während die SPÖ „Spitalsschließungen“ und einen „Anschlag auf das System“ herbeiphantasiert, gehen die Klarstellungen des Sozialministeriums praktisch unter.

## Keine Verschlechterungen

„Es werden weder Kassengelder eingefroren, noch wird es einen vertragslosen Zustand zwischen Sozialversicherungsträgern und Ärzten geben“, bemerkte FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein zu den von der SPÖ hochstilisierten

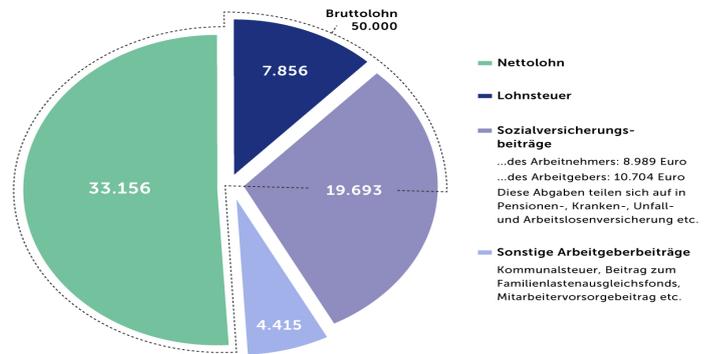
„Horrorszenarien für das Gesundheitssystem“.

Es gebe auch keinen Baustopp, nach einer gründlichen Bedarfsbewertung werden Bauprojekte wie etwa der Neubau der OÖGKK-Betriebsstelle in Eferding auch weiterhin genehmigt.

Die Ausgabenbegrenzung betreffe auch nicht den Großteil der Stellen in den Krankenkassen, sondern lediglich leitende Positionen. Aber auch diese werden besetzt – jedoch nur noch befristet, um keine „weiße Elefanten“, also Spitzenverdiener mit keinem Aufgabenbereich, auf Kosten der Beitragszahler über Jahre durchfüttern zu müssen.

Auch der kolportierte Bericht über ein „Zerschlagung“ der AUVA beruhte auf einem nicht abge-

Jährliche Arbeitskosten eines Durchschnittsverdieners\*  
– in Euro, 2018



Quelle: Eigene Berechnungen.  
\*Anmerkung: Entspricht einem ganzjährig Vollzeit-Beschäftigten mit einem jährlichen Bruttolohn von 50.000 Euro (geschätzter Durchschnittswert für 2018). Die gesamten Arbeitskosten belaufen sich in diesem Fall auf 65.120 Euro.



Grafik: Agenda Austria

Effizienterer Umgang mit dem Beitragszahlergeld ist das Reformziel.

schlossen Modell, das in der AUVA derzeit unter mehreren (!) diskutiert werde, um die vorgegebenen Sparmaßnahmen in Höhe von knapp 500 Millionen Euro zu erreichen.

Die von der SPÖ angeprangerte „Zwei-Klassen-Medizin“ sei durch

deren Untätigkeit in den letzten Jahren in eine „Neun-Klassen-Medizin“ ausgeuffert, jede Kasse habe ihr eigenes System geschaffen, stellte Hartinger-Klein klar: „Wir schaffen ein einheitliches Gesundheitssystem für alle Österreicher!“

## Strafen für NGOs, die sich als Schlepper betätigen

FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache fordert ein härteres Vorgehen der EU gegen Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Mittelmeer nach dem Vorbild des italienischen Innenministers Matteo Salvini.

Dieser lässt keine NGO-Schiffe mehr in die italienischen Häfen. Denn seiner Meinung nach betätigen sich diese als Schlepper, weil sie ihre „Geretteten“ ja nicht in den nächsten Hafen, sondern in ein EU-Land bringen wollen. In der Folge will Salvini deren Schiffe beschlagnahmen und NGO-Mitarbeiter vor Gericht bringen.

„Damit ist etwas in Gang gesetzt worden. Das müsste jetzt von der ganzen EU mitgetragen werden, damit wir mit den Behörden in Libyen dort Anlandeplattformen sicherstellen“, erklärte dazu HC Strache.

Er zeigte sich überzeugt, dass das Sterben von Flüchtlingen auf der Mittelmeer-Route mit einem Schlag zu Ende wäre. Denn Flüchtlinge und Schlepper in Nordafrika



Strache: Strafen für Schlepperei.

würden einsehen, dass es unmöglich sei, mit diesen seeuntauglichen Schlauchbooten über das Mittelmeer in eines der EU-Länder zu kommen, betonte der FPÖ-Vizekanzler: „Wenn die EU das sicherstellt, ist die Mittelmeer-Route sofort geschlossen.“

HC Strache zweifelte am EU-Vorschlag, der „Anlandeplattformen“ auf EU-Boden vorschlägt. Das sei ja eine Aufforderung an Migranten, es doch zu versuchen, da Abschiebungen in gewisse Länder bisher kaum möglich seien.

„Wenn, dann sollte man über legale Anträge in Botschaften diskutieren“ erklärte der Vizekanzler.

## Erfolg gegen organisierten Drogen- und Waffenhandel

Seit Dezember 2016 setzen das Bundeskriminalamt in enger Kooperation mit den Zollbehörden des Bundesministeriums für Finanzen sowie internationalen Sicherheitsbehörden einen Schwerpunkt zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Drogen- und Waffenhandels. Unter anderem fanden sechs von acht Schwerpunktaktionen an 15 internationalen Flughäfen statt. Die Bilanz präsentierten Innenminister Herbert Kickl und Finanz-Staatssekretär Hubert Fuchs: 132 Festnahmen und zwei Tonnen sichergestellte Drogen aller Art.

An den internationalen Schwerpunktaktionen nehmen Polizei- und Zolleinheiten von Tschechien, dem Kosovo, Portugal, Spanien, der Schweiz und Deutschland teil. Das Projekt wird von Belgien, Schweden, Brasilien, Kolumbien und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt. Auch Europa ist eingebunden.

„Die Erfolge des gesamten Projekts zeugen von den Synergien

zwischen Zollbehörden und der Polizei“, betonte Innenminister Kickl. An vorderster Stelle sei hier die Arbeit des Büros zur Bekämpfung der Suchtmittelkriminalität im Bundeskriminalamt und der Zollbehörden des BMF zu erwähnen.

„Dieser Erfolg ist auch der internationalen Kooperation, der Zusammenarbeit und dem ausgezeichneten Informationsaustausch zwischen verschiedenen Organisationen und Institutionen, zu verdanken“, sagte Finanz-Staatssekretär Fuchs. Dies zeige, dass diese neue Bundesregierung in Sicherheitsfragen international als verlässlicher Partner anerkannt werde.



Erfolgreiche Kooperation.



Harald Vilimsky

## Das Pendel schwingt jetzt um

Nach dem Sieg der Lega Nord bei den italienischen Parlamentswahlen und der Bildung einer Regierung, die sich deutlich gegen die Willkommenspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel stellt, ist das Bündnis zwischen Rom, Berlin und Paris endgültig zerbrochen.

Zusammen mit der neuen österreichischen Bundesregierung und weiteren europäischen Reformkräften will man die ursprüngliche Idee der EU auf Frieden, Wohlstand und Sicherheit wieder stärken. Das ist eine

Kernforderung der österreichischen Ratspräsidentschaft, deren Programm eine eindeutige freiheitliche Handschrift trägt.

So forderte die FPÖ als erste Partei Schutzzentren in Drittländern, um die Migrationskrise zu bewältigen. Mittlerweile findet sich diese Idee in der europäischen Agenda.

Damit erfüllen wir nicht nur die Erwartungen der Österreicher, die diese Regierung mit einer klaren Mehrheit ausgestattet haben, um hier ein Umdenken, vor allem in der Sicherheits- und Migrationspolitik, einzuleiten. Vielmehr ist es ein gesamteuropäischer Wunsch nach Sicherheit und Frieden. Dazu muss es aber auch ein gesamteuropäisches Umdenken in der Asyl- und Migrationspolitik geben.

Die Richtung scheint klar: Das Pendel in Europa schwingt in die Mitte, hin zu einer vernünftigen Politik. Das ist vor allem ein Verdienst einer konsequenten Politik der Freiheitlichen.

## Merkel und die Lücke zwischen Wollen und Tun

„Jetzt, da sich der Rauch vom NATO-Gipfel gelegt hat, ist das greifbarste Ergebnis sichtbar: Präsident Trump hat die Initiative von Präsident Barack Obama vorangetrieben, dass die Verbündeten einen gerechteren Anteil an den Kosten der NATO übernehmen“, muss selbst die Trump-kritische „New York Times“ eingestehen, dass der jetzige US-Präsident das erreicht hat, was sein Vorgänger Barrack Obama acht Jahre vergeblich versucht hat.

Unter dem Druck des amerikanischen Rückzugs wollen jetzt auch die bisherigen Nutznießer des US-Schutzschildes, allen voran Deutschland, ihre Verteidigungsbudgets auf das 2014 beschlossene Ziel von zwei Prozent des BIP anheben. Aber das wird für Angela Merkel zum nächsten „Wir schaffen das“-Problem: Deutschland leistet sich den Luxus einer Armee für 42 Milliarden Euro, die nicht einsatzfähig ist. Egal ob Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Panzer oder Kriegs-

schiffe, das Gros des Kriegsgerätes steht wegen Produktionsfehlern oder Instandhaltungsproblemen herum. Im NATO-Beistandsfall könnte Berlin seine Zusagen nicht erfüllen.

Laut Regierungsprogramm will Berlin bis 2024 nur auf 1,5 Prozent des BIP „aufrüsten“. Wenn Merkel davon überzeugt wäre, dass Europa sein Schicksal in die eigene Hand nehmen müsse – wegen Trump – dann müsste Europa auch Verantwortung in der Verteidigung übernehmen, allen voran Berlin.



Merkel in Erklärungsnot.

# Kein „Marshall-Plan“ sondern Ende der

## Entwicklungshilfe nährt korrupte Systeme und un



Entwicklungshilfe, die von der Selbstverantwortung befreit: Die mit Hilfe der EU in

**W**ährend die EU über einen „Marshall-Plan“ für Afrika brütet, um mit Milliarden die Flüchtlingsbewegung zu stoppen, fordern immer mehr Experten, vor allem aus Afrika selbst, einen Stopp der Entwicklungshilfe. Denn diese verfestigt lediglich das korrupte System und verunmöglichte die eigenständige Entwicklung des Kontinents.

Der Afrika-Experte Stephen Smith, der in seinem jüngsten Buch „Der Ansturm auf Europa“ vor einem solchen wegen des ungehemmten Bevölkerungswachstums in Afrika warnt, weist das EU-Ansinnen nach weiteren Entwicklungshilfe-Milliarden zurück. Denn es kommen nicht die Ärmsten nach Europa, sondern in erster Linie Menschen aus besser entwickelten Ländern: „Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftliches Wachstum reduzieren die Emigration daher nicht. Kurzfristig ist das Gegenteil der Fall. Erst wenn das Niveau eines Schwellenlandes erreicht ist, bleiben mehr Leute im Land oder kehren sogar zurück.“

### Entwicklungshilfe hält arm

Länder wie China oder Indien, die keine oder fast keine Entwicklungshilfe erhalten haben, hätten schneller Fortschritte gemacht, zeigt Smith auf: „Entwicklungshilfe ist ‚easy money‘, das die Selbstverantwortung untergräbt. Zudem hat sie in vielen afrikanischen Ländern die Reichen reicher gemacht

und bei uns eine riesige Bürokratie geschaffen.“

Das hat bereits 2009 die in Sambia geborene Ökonomin Dambisa Moyo in ihrem Buch „Dead Aid“ aufgezeigt: Die Entwicklungshilfe ist eine Ursache für die Not auf dem Kontinent. In den vergangenen 50 Jahren wurde mehr als eine Billion Dollar an Hilfsleistungen von



Mangelnde Infrastruktur oder deren Vernichtung durch Geld aus Europa – behindern die wirts

# „An“ für Afrika, Entwicklungshilfe untergräbt die Selbstverantwortung der Menschen



der DDR zu Ende der 1960er Jahre errichteten Wohnanlagen auf der zur  
Instandhaltungsarbeiten interessiert war.

den reichen Ländern nach Afrika überwiesen, zeigte Moyo auf: „Die Vorstellung, Entwicklungshilfe könne systemische Armut mindern und habe dies bereits getan, ist ein Mythos. Millionen Afrikaner sind heute ärmer – nicht trotz, sondern aufgrund der Entwicklungshilfe.“

## Milliarden versickern gezielt

Eine Studie der Weltbank belegt, dass mehr als 85 Prozent der Fördergelder für andere Zwecke verwendet oder in unproduktive Projekte „umgeleitet“ wurden. Zwischen 1970 und 1998, der Zeit



erfall – nach aufwendigem Bau mit  
wirtschaftliche Entwicklung Afrikas.

der höchsten Entwicklungshilfeleistungen an Afrika, stieg die Armut auf dem Kontinent von elf auf 66 Prozent.

Das bestätigt auch William Easterly, Professor für Ökonomie und Afrikastudien an der New York University. In zwei Jahrzehnten wurden etwa in Tansania zwei Milliarden Dollar an Entwicklungshilfemitteln für den Straßenbau ausgegeben. Weil die Straßen nicht instandgehalten wurden, verfielen sie schneller, als die Geldgeber neue bauen konnten. Einzig wirkungsvoll entwickelte Tansania eine gigantische Bürokratie, zeigte Easterly auf: „Für seine Geldgeber, die das Land mit tausenden Entwicklungshilfevertretern im Jahr überfluten, produziert Tansania jedes Jahr 2.400 Berichte.“

## Heilsamer Schock

Es werden einzig riesige Bürokratien finanziert, Korruption und Selbstgefälligkeit gefördert, Afrikaner zu Bettlern erzogen und zur Unselbstständigkeit, bilanziert der Gründer der kenianischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft „Inter Region Economics“, James Shikwati: „Würde die Entwicklungshilfe abgeschafft, bekäme das der kleine Mann gar nicht mit. Nur die Funktionäre wären schockiert.“

## KURZ UND BÜNDIG



## Der Terror kommt von Innen

In Frankreich sind seit 2017 mindestens 23 Anschläge vereitelt worden – sieben hat es dennoch gegeben. „Die Terrorgefahr ist ungebrochen akut – sie kommt von innen“, erklärte Premierminister Edouard Philippe den nächsten Anti-Terrorplan. Dem Inlandsgeheimdienst DGSI kommt jetzt die Führungsrolle im Kampf gegen den Terrorismus zu. Das soll eine bessere Koordination und einen effizienteren Informationsaustausch zwischen den Geheimdiensten als auch mit der Polizei gewährleisten. Bis Ende 2019 könnten 450 Personen aus der Haft entlassen werden, die wegen terroristischer Aktivitäten verurteilt worden waren oder sich im Gefängnis radikalisiert haben.

## „Unislamische“ Mäntel

Im Iran soll der Verkauf „unislamischer Mäntel“ an Frauen demnächst bestraft werden. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Isna droht den Verkäufern ein einjähriges Arbeitsverbot, den „Sünderinnen“ die Festnahme durch die Sittenpolizei samt Strafverfahren. Als „unislamisch“ gelten besonders Mäntel, die vorne offen und knopflos sind, so der staatliche Textilverband. Im Iran müssen Frauen und Mädchen ab neun Jahren ein Kopftuch und einen langen weiten Mantel tragen, um Haare und Körperkonturen in der Öffentlichkeit zu verbergen. Aber für die EU ist der Iran auf jeden Fall ein treuer Vertragspartner.



## „Freiheitskämpfer“ Ortega lässt auf Bürger schießen

Seit April lässt Nicaraguas Staatspräsident, der ehemalige Revolutionsführer Daniel Ortega (Bild), Polizei und paramilitärische Trupps gegen oppositionelle Demonstrationen los. Mehr als 300 Menschen sind nach Angaben von Menschenrechtsgruppen von Ortegas Söldnern erschlagen oder erschossen und mehr als 2.100 verletzt worden.

Die Unruhen hatten begonnen, als Demonstrationen gegen Kürzungen bei Sozialleistungen und Renten auf Befehl Ortegas von der Polizei gewaltsam niedergeschlagen worden waren.

Vergangenes Wochenende eröffneten paramilitärische Kräfte der Regierung das Feuer auf die Nationale Autonome Universität (UNAN) in Managua. Dort hatten sich oppositionelle Studenten verschanzt. Später wurde auch eine Kirche in der Nähe unter Beschuss genommen, in die sich dutzende Studenten geflüchtet hatten. Zehn Menschen wurden dabei getötet, ein gutes Dutzend verletzt.

Wie schon genug andere linke „Freiheitskämpfer“ hat Ortega zuletzt die ganze Staatsmacht in seiner Familie konzentriert, Frau und Kinder bekleiden Ministerämter.

Während die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) bereits vorgezogene Wahlen gefordert hat, was Ortega strikt ablehnt, hat sich jetzt auch die EU eingeschaltet. Eine Sprecherin der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini äuserte feinfühlig „Besorgnis“ über die anhaltende Gewalt.



Vom „Sandinista“ zum Diktator.

TERMINE

**20. Juli** **Blaue Sommer-**  
**nacht in Wernberg**

**8. (B)LAUE SOMMERNACHT**

**20. Juli** **Beginn: 19.00 Uhr**  
**Gasthaus Dorfschenke**  
Kallschacher Straße 46 · 9241 Wernberg

**LIVE-MUSIK "Pfundloschn Trio"**  
Tombola mit tollen Sachpreisen

Die Veranstaltung findet bei jeder Witterung statt.

**26. Juli** **Donaustädter Sommergespräche**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 26. Juli 2018, zu ihrem traditionellen Sommergespräch mit den beiden Wiener Landtagsabgeordneten Udo Guggenbichler und Karl Baron ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

**2. August** **Donaustädter Sommergespräche**

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 19. Juli 2018, zu ihrem traditionellen Sommergespräch mit Europaspriecherin des FPÖ-Parlamentsklubs, Petra Steger, ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

**5. August** **Grillfest der FPÖ Münzkirchen**

Die Innviertler FPÖ-Ortsgruppe Münzkirchen lädt am Sonntag, dem 5. August 2018, zu einem Grillfest bei Familie Hermann Freylinger (Ficht 19, 4792 Münzkirchen) ein. Beginn: 10.00 Uhr.

**5. August** **Grillfest der FPÖ Taufkirchen/Pram**

Die oberösterreichische FPÖ-Ortsgruppe Taufkirchen an der Pram lädt am Sonntag, dem 5. August 2018, zu ihrem Grillfest in der Halle der Firma Weißhaidinger (Pram 11, 4775 Taufkirchen an der Pram) ein. Beginn: 10.30 Uhr

LESER AM WORT



„No-Go-Area“ Praterstern?

Wegen der chaotischen Zustände, der ständigen Belästigungen und Angriffe auf Bahnkunden und Passanten hat die Gemeinde Wien ein Alkoholverbot im Bahnhofsbereich verfügt. Das ist aber nur ein Teil der Probleme, da am Praterstern die Drogenszene regiert und es ständig Übergriffe gibt, hauptsächlich durch „Hilfesuchende“. Scheinbar will man die „Geschäfte“ der armen traumatisierten Facharbeiter, Atomphysiker und Fachärzte nicht stören – und lässt sie unbehelligt „arbeiten“. Damit machen sie die ganze Gegend zu einem „No-Go“-Bereich für anständige Menschen – und alle schauen weg.

**Stephan Pestitschek, Strasshof**



SPÖ – tief gefallen

Das, was sich die SPÖ von heute unter einem Parteichef Christian Kern, einem Bundesgeschäftsführer Max Lercher, diversen SPÖ-Gewerkschaftern und ande-

ren Rot-Funktionären herausnimmt und alles so erlaubt, hat überhaupt nichts mehr mit normalem politischen Konkurrenzkampf zu tun. Das ist Politik in miserablen Stil pur, weil äußerst aggressiv und aus der alleruntersten Schublade. Die Ausrede, dass man erst in der neuen, ungewohnten und verhassten Oppositionsrolle ankommen muss, ist nicht nur erschütternd lächerlich, sie hat auch ihr Ablaufdatum längst überschritten.

**Christian Stafflinger, Linz**

Der Kern des Problems

Die Debatte über die Migration beschäftigt sich wesentlich mit Symptomen und nimmt wenig auf die Kernprobleme Bezug. Das liegt wohl daran, dass die Deuter der Dinge an das Problem weniger mit Rationalität als Emotion herangehen. Hier darf an das Wort Peter Scholl-Latours erinnert werden: „Wer Kalkutta aufnimmt, rettet nicht Kalkutta, sondern wird Kalkutta.“ – Wieviele Millionen sitzen in Afrika auf ihren Koffern, um in europäische Sozialparadiese auszuwandern?

**Jürgen Jauch, Linz**

Erst lesen, dann ...

Diesen natürlich roten Gewerkschaftlern ist dringlichst anzuraten, den Ball schön flach zu halten! Diese Gewerkschaftsbonzen sollen sich

einmal das Gesetz genauer durchlesen. Es wird nämlich niemand dazu gezwungen, zwölf Stunden täglich zu arbeiten, denn an der 40 Stunden-Woche wird NICHT gerüttelt! Zwölf Stunden am Tag sind lediglich FREIWILLIG für den Arbeitnehmer gedacht, wenn dieser einmal zwei oder drei Tage frei haben möchte, und keineswegs verpflichtend von der Arbeitgeber-Seite!

**Klaus Gumpoltsberger, Hallein**



Schlepper, nicht Retter

Italien und Malta brauchen sich sicher nicht zu streiten. Wenn beide nein sagen, ist es nein! Diese als Flüchtlingshelfer getarnten Schlepper, und etwas anderes sind sie nicht, denn sonst würden sie diese Menschen nicht nach Europa eskortieren, sondern in den nächsten Hafen. Das wäre „Seenotrettung“ nach internationalem Recht. Alles andere ist Schlepperei.

**Ernst Pitlik, Wien**

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue Freie Zeitung **BESTELLSCHHEIN**

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9  
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

**Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):**

Halbjahrespreis € 15,-       Jahrespreis € 30,-       Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-  
 Auslandsjahresbezug € 73,-       Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450  
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: \_\_\_\_\_ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe\*: \_\_\_\_\_  
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: \_\_\_\_\_  
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: \_\_\_\_\_ Geburtsdatum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt\*\*.

\* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.  
\*\* Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



# Auch Hacker mit „rosa Brille“ bei Einwanderung

## SPÖ-Stadtrat: Afghanen sind genauso willkommen wie Österreicher

**A**uch unter SPÖ-Stadtrat Peter Hacker wird sich nichts an der Einwanderungspolitik im rot-grünen Wien ändern. Hacker leugnet das Vorhandensein von Parallelgesellschaften, und Einwanderer aus Österreich bereiten ihm nur Unwohlsein.

„Die Zuwanderung von Menschen mit anderen Kulturen erzeugt Unwohlsein. Das gilt nicht nur für Afghanistan, sondern auch für Hinterwaldorf“, erläuterte der neue SPÖ-Sozialstadtrat sein politisches Credo, das sich keinen Deut von dem seiner gescheiterten Vorgängerinnen unterscheidet. Wien brauche „Zuwanderung“, egal ob afghanischer Mindestsicherungsbezieher oder fleißiger Arbeitnehmer aus der „Lederhosen-Provinz“.

### Hackers „rosa Brille“

„Hier muss man sich schon fragen, wie dieser Mann durch Wien



Wien braucht weiterhin Einwanderung, fordert SPÖ-Stadtrat Hacker.

wandert und seine Wahrnehmung durch eine rosarote Migrantenbrille filtert“, empörte sich der geschäftsführende Wiener FPÖ-Obmann Johann Gudenus. Hacker seien illegale Einwanderer, die sich weder integrieren, noch für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen wollen und so der Stadt hunderte Millionen an Steuergeldern kosten, genauso willkommen wie hart arbeitende Österreicher.

Man habe fast den Verdacht, dass Hacker sich mit seinem surrealen Weltbild bei seinen Genossen in der trudelnden Bundes-SPÖ beliebt machen möchte, mutmaßte Gudenus: „Die Wiener, die diese rot-grüne Seifenblase bezahlen müssen, werden Michael Ludwigs Beharren auf diese rot-grüne Stadtregierung abstrafen. Diese Märchen der abgehobenen Parteibonzen glaubt wirklich niemand mehr.“

# Wien wird für Frauen immer unsicherer

„Wenn sich Mädchen und Frauen auf Wiens Straßen und Plätzen um ihre Sicherheit ernsthafte Sorgen machen müssen, dann stimmt aber ganz eindeutig etwas nicht in der Stadt“, kommentierte die Frauensprecherin der Wiener FPÖ, Elisabeth Schmidt, die jüngsten Meldungen über die anhaltenden Attacken am Praterstern.

Erst vor kurzem hat der Wiener Gemeinderat eine diesbezügliche Aktuelle Stunde – einberufen von der FPÖ – abgehalten. Unisono behaupteten die Vertreter von SPÖ und Grünen, dass „sicherheitstechnisch“ in Wien alles Bestens sei. Bedenken der Opposition aufgrund von realen Ereignissen seien „reine

Panikmache“, „Populismus“ oder „Verunsicherungspolitik“.

„Als Vertreterin der größten Oppositionspartei bin ich mir unserer Verantwortung der Bevölkerung gegenüber sehr wohl bewusst. Es kann nicht sein, dass Mädchen und Frauen nicht mehr sicher sind, wenn sie sich auf die Straße wagen“, kritisierte Schmidt dieses „rot-grüne Vogel-Strauß-Gehabe“.

Seit 2015 häufen sich die Fälle von Belästigungen und Übergriffen auf Frauen. „Es ist äußerst verantwortungslos und menschenverachtend, dass SPÖ und Grüne diese Tatsachen zwar sehr wohl kennen, aber nach außen hin leugnen“, betonte die FPÖ-Frauensprecherin.



Sicherheit ist für Frauen in Wiens Straßen nicht immer so präsent.

## WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Hallo, ich wär' ja gern mit etwas besonders Erfreulichem wiedergekommen. Und wer weiß, vielleicht wird's ja noch...

Indirekt haben Sie zumindest schon oft von ihr gehört. Beste Kinderchorleiterin 2017. Im TV: „Ein Hund kam in die Küche...“

### Ein Wunder?

Und für jenen Vertreter der jetzt nicht genannten Religion zwei herrliche Konzerte. Natürlich um Gottes Lohn... Und sie verehrt ihn so. Und hat seit zwei Jahren die „bulbäre Form der motoneuronalen Störung“, eine Krankheit, auf Grund derer man kaum sprechen kann. Für eine Musikerin, und überhaupt, eine Katastrophe.

Von 22 konsultierten (billige 200 Euro pro Ordi) Neurologen meinen 17, die Krankheit sei durch einen negativen Schock ausgelöst worden und könne durch einen positiven Schock schlagartig geheilt werden.

Und ein solcher wäre – Lotto-Sechser sind unbestellbar – der überraschende Besuch jenes Religions-Gurus. Nur ganz g'schwind, zwei Minuten, ein Zeichen auf die Stirn, und schon wieder weg.

Habe nachgerechnet: Guru wohnt Wollzeile, Kranke in Favoriten. Ein Taxi hin und zurück keine 100 Euro. Dauer: keine Stunde.

Nur: Seit zwei Jahren antwortet der Guru nicht. Mails, SMS, Post-Briefe, eine Antwort: „Lassen Sie uns endlich in Ruhe!“?

Sie hat noch eine Woche. Eine Woche Leben. Hallo! Hallo!

STEIERMARK **Nachnutzung gesichert**

Ende Juni wurde die Landesberufsschule Gleinstätten im Bezirk Leibnitz für immer geschlossen. Nun sollen mit Anfang August Soldaten, die ihren Assistenzdienst an der Grenze versehen, in den Räumlichkeiten Unterkunft finden. „Während Rot und Schwarz die infrastrukturelle Ausdünnung des ländlichen Raums fortsetzen, bringen wir Freiheitliche wieder Leben in den Ort. Mit der Unterbringung von Grenzsoldaten wird eine vorläufige Nachnutzung sichergestellt“, erklärte der Leibnitzer FPÖ-Bezirksparteiobmann Josef Riemer.

NIEDERÖSTERREICH **Organisierte Bettelei**

Täglich häufen sich die Beschwerden über aggressive Bettler in der Sankt Pöltener Innenstadt. „Der Landtag hat auf Initiative der FPÖ die gesetzlichen Voraussetzungen für ein sektorales Bettelverbot geschaffen – nur der St. Pöltener SPÖ-Bürgermeister stellt sich bisher taub“, kritisiert FPÖ-Landtagsabgeordneter Erich Königsberger.



E. Königsberger

VORARLBERG **Rote Angstmacherei**

Mit der jüngsten Kritik an der Bundesregierung habe die SPÖ ihr politisches Sommertheater eröffnet und versuche, vom eigenen Versagen der letzten Jahre abzulenken“, erklärte der Vorarlberger FPÖ-Klubobmann Daniel Allgäuer. Den vom Vorarlberger SPÖ-Nationalratsabgeordneten Reinhold Einwallner erhobenen Vorwurf der Angstmacherei weist der FPÖ-Klubchef umgehend zurück: „Nicht die Bundesregierung betreibt eine Angst- und Verunsicherungspolitik, sondern die SPÖ. Wenn man sich ansieht, in welcher Art und Weise sich rote Mandatäre und Funktionäre zu notwendigen Reformprojekten bei Asyl, Arbeitszeitflexibilisierung oder Sozialpolitik zu Wort melden, dann erkennt man, wo die wirkliche Angstmacherei mit völlig aus der Luft gegriffenen Vorwürfen stattfindet.“

**Jahrhundertchance für's Lavanttal: Was macht die Landesregierung?****FPÖ: Geplanter Lithiumabbau auf der Koralpe muss genutzt werden**

Vor wenigen Jahren wurde Europas größtes Lithium-Lager im Lavanttal entdeckt, die Ausbeutung stockt. Jetzt fordert die FPÖ einen „Runden Tisch“ zu dieser „Jahrhundertchance“.

Alle reden von der E-Mobilität, aber in Kärnten tut sich derzeit nichts, obwohl im Lavanttal eine der Grundlagen dafür im „Traudi-Stollen“ liegt: Lithium, das für den Bau der Batterien für Elektroautos notwendig ist.

**Projekt angehen**

Seit 2014 liegt das Bergbauprojekt samt Umwandlungswerk auf Eis. „Der geplante Lithiumabbau bietet für das Lavanttal eine Jahrhundertchance. Umso wichtiger ist es daher, dass Initiativen gesetzt werden und keine Zeit verloren geht, damit diese Chance nicht verspielt wird. Ein Runder Tisch ist ein Gebot der Stunde, damit sich

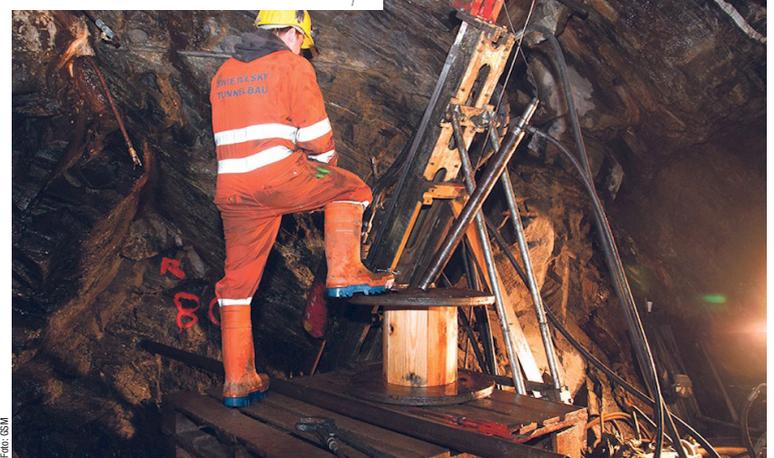
KÄRNTEN 

Foto: GSN

Der Lithiumabbau könnte das Lavanttal wirtschaftlich vorantreiben.

in dieser essenziellen Frage etwas bewegt“, forderte der Lavanttaler FPÖ-Landtagsabgeordnete Harald Trettenbrein.

Er schlug eine Konferenz mit allen Bürgermeistern des Bezirks, Landtagsabgeordneten und Kärnt-

ner Nationalratsabgeordneten vor: „Mit der Weiterverarbeitung des Lithiums könnten hunderte neue Arbeitsplätze geschaffen sowie neue Betriebsansiedlungen möglich werden. Dies Potential für Kärnten darf man nicht links liegen lassen!“

TIROL **Einwanderung über Asyl?**

Ungeheuerlich findet FPÖ-Landtagsabgeordneter Christof Ranzmaier die Aussagen der Grünen zum „Abschiebefall Hassan Razae“: „Die grünen Phantasten werden auf den Boden des Rechtsstaates zurückkehren und akzeptieren müssen, dass ein rechtskräftig negativer Asylbescheid samt Ab-

schiebung das Ende eines rechtsstaatlichen Verfahrens markiert.“

Weder eine Lehre oder sonstige Zugeständnisse an diesen illegal unter dem Deckmantel des Asyls Eingereisten ersetzen einen Asylgrund. „Einwanderung in den Arbeitsmarkt und das Asylrecht sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Das müssen auch die Grünen und ihre schwarzen Koalitionspartner in den Ländern endlich akzeptieren, da sie sonst der illegalen Einwanderung Tür und Tor öffnen“, warnte Ranzmaier.

Das grüne Konzept der „Integration ab dem ersten Tag“ ignoriere den Rechtsstaat, da es bereits für Asylwerber gelten soll, deren Status nicht geklärt ist. „Auch das Konzept der Lehre für Asylwerber in Mangelberufen sollte hinterfragt werden“, forderte Ranzmaier, da es letztlich nur dazu diene, abgelehnten Asylwerbern doch noch einen Aufenthaltsstatus in Österreich zuzuschaffen.



Foto: NFZ

Ranzmaier: Für Grüne ist Asyl eine Einwanderungsmöglichkeit.

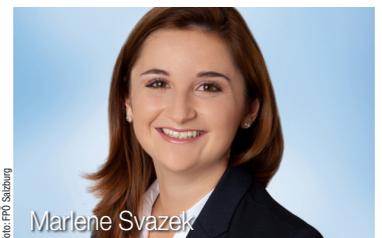
SALZBURG 

Foto: FPÖ Salzburg

**Keine Umgehung der Asylgesetze**

FPÖ-Landesparteiobfrau Marlene Svazek reagierte scharf auf die von ÖVP-Landeshauptmann Wilfried Haslauer losgetretene Debatte um die „Rot-Weiß-Rot Card“. „Die Aufweichung der Kriterien kommt für uns nicht in Frage, da dieser Gedanke anscheinend nur aus dem Affekt heraus geschieht, sie für abgelehnte Asylwerber zu instrumentalisieren. Das komme dem Drucken von Einladungskarten für die gesamte Dritte Welt gleich“, erklärte Svazek. Sie forderte von Haslauer klares Bekenntnis zum Rechtsstaat und die Rückbesinnung auf die Vernunft.

BURGENLAND 

Foto: FPÖ Burgenland

Eine Erfolgsbilanz nach drei Jahren Regierungsbeteiligung präsentierte Burgenlands FPÖ-Spitze: Klubchef Geza Molnar, Landesrat Alexander Petschnig, Johann Tschürtz und die dritte Landtagspräsidentin Ilse Benkö (v.l.).

# Erfolgsbilanz nach drei Jahren Rot-Blau

## Rekordbeschäftigung, weniger Arbeitslose und Betriebsansiedlungen

**N**euere Rekorde bei Beschäftigung und im Tourismus, Rückgang der Arbeitslosigkeit und zahlreiche Betriebsansiedlungen als rot-blaue Erfolgsbilanz.

Die Zusammenarbeit zwischen den Regierungspartnern im Burgenland sei von Vertrauen, Respekt und von konstruktiver Arbeit geprägt, bilanzierte FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz: „Wir haben mit diesem neuen Stil, der das Gemeinsame vor das Trennende stellt, gemeinsam viele Vorhaben erfolgreich umsetzen können“.

Die jüngst präsentierte Bürgerbefragung im Nordburgenland bestätigte eindrucksvoll die erfolgreiche Bilanz und auch die Arbeit der Landesregierung.

### Positive Entwicklungen

„Wir haben in allen Bereichen positive Ergebnisse vorzuweisen und werden auch weiterhin zielorientiert die Themen in Angriff nehmen. Dieser Weg findet österreichweit Anerkennung“, lobte Tschürtz die Zusammenarbeit mit der SPÖ auf Landesebene.

Der Arbeitsmarkt und die Schaffung von Arbeitsplätzen sei zum

Start vor drei Jahren im besonderen Fokus der Regierungsarbeit gestanden. Hier habe man eine besonders positive Bilanz vorzuweisen: 107.000 Beschäftigte im Juni 2018 markierten einen neuen Rekord.

Mit einem Zuwachs von 105.000 Übernachtungen im Wintertourismus liege man österreichweit im Spitzenfeld. Auch im Bildungsbereich sei man, wie die jüngsten Ergebnisse der Zentralmatura zeigten, sehr gut unterwegs, betonte der FPÖ-Landeschef: „Positive Veränderungen gibt es nur mit der FPÖ, da wir das Miteinander mit Koalitionspartner und Bürgern leben!“

## Zu wenige Tierärzte?

Die FPÖ setzt sich im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage für die Gewährleistung einer funktionierenden tierärztlichen Versorgung von Nutztieren ein und erwartet sich einen Überblick über die aktuelle Situation im Land.

„Diese Versorgung setzt allerdings auch eine entsprechende Anzahl an Nutztierpraxen im Land voraus. Man gewinnt jedoch den Eindruck, dass sich die veterinärmedizinische Versorgung mehr und mehr von den Nutztieren wegorientiert und die Schwerpunkte der

Praxen im Kleintierbereich gesetzt werden“, schlugen der freiheitliche Landwirtschaftssprecher und Klubobmann Daniel Allgäuer sowie die freiheitliche Tierschutzsprecherin Nicole Hosp Alarm.

Weil die Landwirtschaftsbetriebe in den Bergregionen wie auch die Alpwirtschaft besonders abhängig von einer funktionierenden tierärztlichen Versorgung sind, wollen die Freiheitlichen von Landesrat Christian Gantner (ÖVP) Auskunft über Sicherheit der veterinärmedizinischen Versorgung wissen.

VORARLBERG 

Foto: NEZ

FPÖ will tierärztliche Versorgung in Vorarlberg sicherstellen.



LÄNDERSACHE

Johann Tschürtz

FPÖ-Landesparteiobmann Burgenland

Die freiheitliche Regierungsbeteiligung tut auf allen Ebenen gut – das sieht man nach drei Jahren im Burgenland, aber genauso auch nach rund einem halben Jahr im Bund.

Mit der FPÖ als Regierungspartner wird ein neuer Stil des positiven Miteinanders gelebt, in Eisenstadt wie in Wien.

### Blau wirkt

Bei uns im Burgenland läuft es deshalb so gut, weil wir mit der SPÖ konstruktiv in der Landesregierung für das Land und seine Menschen zusammenarbeiten, auch wenn wir zu Bundesthemen divergierende Meinungen haben.

Beim Fremdenrechtsgesetz hat die Bundesregierung die freiheitliche Linie verfolgt. Beschleunigte Asylverfahren oder Anschlusshaft für verurteilte Asylwerber haben der Bevölkerung gezeigt, dass wir ihre Sorgen zum Thema Sicherheit ernst nehmen.

Dieses Thema ist für die Burgenländer besonders wichtig, weil sie die illegale Einwanderung und deren Folgen ja hautnah zu spüren bekommen haben.

Mit dem „Familienbonus plus“ wurde unsere nächste politische Priorität, die Entlastung der Familien, angegangen. Von dieser bisher größten Familienunterstützungsaktion Österreichs profitieren allein im Burgenland die Eltern von mehr als 44.400 Kindern.

Mit dem „Familienbonus“ und der Reform der Arbeitslosenversicherungsbeträge kommt es de facto auch zu einer Erhöhung des Mindestlohns für die Österreicher.

Mit einem Wort: Wo Freiheitliche regieren, ist es sicher und sozial gerecht. Das garantieren wir Freiheitlichen im Burgenland und unsere Freunde mit HC Strache in der Bundesregierung.

GEZWITSCHER



KayaBaya

@Katarin49079336



In DE werden rechtsextreme Gewalttäter und Hetzer lebenslang verurteilt, in Ö werden sie Koalitionspartner #FPÖ #NSU\_Prozess

11.07.18 01:58

Angehende „lifestyle bloggerin“ stellt die Freiheitlichen auf eine Stufe mit rechtsextremen Terroristen. „Lifestyle“ als Denkersatz?

Dieter Chmelar

@chmelar\_dieter



Ich fürchte, der Paintball-Nazi kann die Goschn nicht halten, weil er ein Überzeugungstäter ist.

13.07.18 12:34

Die roten Salon-Antifaschisten glauben, dass sie aus moralischer Überlegenheit das Trauer-Monopol um Christine Nöstlinger haben.

WHATSAPP



GEFÄLLT MIR



HC Strache

16.07.2018

Die FPÖ wirkt. Mit der jahrelangen fatalen Willkommens- und Einwanderungspolitik in unser Sozialsystem unter SPÖ-Kanzlerschaft ist jetzt Schluss!



1.861 Personen gefällt das.

Versprochen, gehalten. Das ist die ehrliche Politik der FPÖ.

ORF-Redakteurin „teilt“ rote Anti-Regierungspropaganda

FPÖ-Mediensprecher Jenewein fordert Social-Media-Richtlinien für ORF

Unter den ORF-Mitarbeitern scheint es einen Wettbewerb zu geben, sich in den sozialen Medien gegen die Freiheitlichen zu positionieren.

Im März hat ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz neue Richtlinien für das Verhalten seiner Mitarbeiter in den sozialen Medien vorgestellt. Nach Protesten seiner „Stars“ hat er die Richtlinie zur „Empfehlung“ degradiert.

ORF mit politischer Schlagseite

Ein Fehler, wie FPÖ-Mediensprecher Hans-Jörg Jenewein feststellte: „Einige linke ORF-Redakteure verlieren offenbar ihre letzten Hemmungen, wenn es darum geht, die aktuelle Bundesregierung zu bekämpfen und die SPÖ



Pawlicki (l.) demonstriert allzu gern ihre Nähe zu einer Partei.

zu unterstützen. Aktuelles Beispiel ist die leitende ORF-Redakteurin Patricia Pawlicki, die auf ihrer Facebook-Seite einen ‚Fake-News‘-Beitrag von SPÖ-Chef Kern zur Zusammenlegung der Sozialversicherungen geteilt hat.“

Die politische Schlagseite Pawlickis sei bekannt, sich aber so unverschämt als Fan des Herrn Kern

und seiner Lügenpropaganda zu deklarieren, sei eine inakzeptable Grenzüberschreitung, kritisierte Jenewein.

Er forderte ORF-Generaldirektor Wrabetz auf, dazu umgehend Stellung zu beziehen und andererseits seine bereits angekündigten ‚Social-Media-Richtlinien‘ endlich zur Umsetzung zu bringen.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Der „Kurier“ scheint unsere Anregung, den „Falter“ links überholen zu wollen, richtig ernst zu nehmen. Weil FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker nicht das neudeutsche Wort „Mainstream-Medien“ in den

Mund genommen hat, sondern von „Systemmedien“ sprach, wittert der „Kurier“ schon Wiederbetätigung: „Systempresse ist ein Kampfausdruck, den Nationalsozialisten vor ihrer Machtergreifung in den 1930er-Jahren geprägt haben.“

Neue Freunde in seinem aufopfernden Kampf gegen die Bundesregierung hat der „Standard“ im Westen Öster-



reichs entdeckt „Wo die ÖVP noch schwarz ist und Kurz widerspricht“. Die drei Landeschefs Markus Wallner, Gün-

ther Platter und Wilfried Haslauer – alle drei koalieren mit den Grünen auf Landesebene – versuchen sich als „Regierungskritiker“ zu profilieren – dank „Standard“.

Advertisement for HC Strache and FPÖ on Instagram. Includes text: 'JETZT NEU', 'HC Strache und die FPÖ auf Instagram', and social media links: 'www.instagram.com/fpoe\_at' and 'www.instagram.com/hcstrache'.



„Altobmann“ Christian Ezinger (l.) übergab unter den Augen von Corina Gruber und Peter Bahn den Vorsitz an Peter Bernauer (Mitte).

## Neuer Obmann bei der FPÖ Reichersberg

Beim Ortsparteitag der FPÖ Reichersberg wurde Gemeindevorstand Peter Bernauer einstimmig zum neuen Obmann gewählt. Nach 18 Jahren als Ortsparteiobmann übergab Christian Ezinger die Führung der FPÖ Reichersberg an den 37-jährigen Peter Bernauer. Landtagsabgeordneter Peter Bahn und die stellvertretende Bezirkspartei-

obfrau Corina Gruber überbrachten Dankesworte und Glückwünsche an die neugewählte Mannschaft.

Derzeit ist die FPÖ Reichersberg mit sieben Mandataren im Gemeinderat vertreten. „Die 36,9 Prozent bei der Nationalratswahl im letzten Jahr haben gezeigt, dass wir von Jahr zu Jahr stärker werden“, erklärte „Altobmann“ Ezinger.

Foto: FPÖ Schladming

## KULTURRING BRIGITTENAU

Der Kulturring Brigittenuau besucht:



The Vienna History-Show

**Wir treffen uns am Donnerstag, 26. Juli 2018  
um 12.00 Uhr direkt vor dem Eingang:  
Habsburgergasse 10A, 1010 Wien  
Kosten: 19,50 pro Person**

**Wir freuen uns auf Ihr Kommen!**

**Birgit Kopschar, Brigitta Schalk,  
Traude Lindenbauer und Flaminia Bettini**

## Reisen mit Freunden



Im kommenden Herbst bietet die Österreichische Landsmannschaft wieder eine tolle Ausflugs-Fahrt an, zu der auch unsere Leser herzlichst eingeladen sind. Wie bei allen ÖLM-Angeboten handelt es sich auch bei dieser Tagesreise um eine Qualitätsreise mit ausgewähltem Programm, nicht um eine Werbefahrt. Unsere Preise verstehen sich als Komplettpreise einschließlich Busfahrt und Kosten für alle Führungen und Eintritte, wenn nicht anders angegeben. Baldige Anmeldung vom Veranstalter erbeten.

### Auf in Peter Roseggers Waldheimat

#### TAGESAUSFLUG Samstag, 15. September 2018

Anlässlich des 175. Geburtstages und 100. Todestages des Steirischen Heimatdichters, Volksschriftstellers und großen Förderers des Deutschen Schulvereins, Peter Rosegger, veranstaltet die Österreichische Landsmannschaft eine Busreise ab Wien - Meidling mit Besichtigung von Bekanntem und Neuem in seiner „Waldheimat“. Der Programmablauf ermöglicht Teilnehmern aus Ober- und Niederösterreich die An- und Rückreise mit dem Zug.

Das erste Ziel ist Krieglglach. Dort wird im ehemaligen Landhaus des Dichters eine eigene Führung im Rosegger-Museum geboten und dann wird die neue Sonderausstellung im so genannten „Studierhäusl“ besichtigt. Außerdem wird sein Denkmal im Rosegger-Park und sein Grab auf dem Friedhof besucht.

Die Mittagspause findet im Gasthof „Zur Waldheimat“ (mit eigenem Rosegger-Stüberl) direkt auf dem Krieglglacher Hauptplatz statt.

Am Nachmittag folgt die Fahrt nach Alpi zu Roseggers Geburtshaus, dem Kluppeneggerhof, und zur „Waldschule“. In beiden erhalten Sie fachkundige Führungen. Den Abschluss bildet der Besuch einer weiteren neuen Sonderausstellung in St. Kathrein am Hauenstein sowie der dortigen Kirche, berühmt geworden durch Roseggers Erzählung über den Besuch der Christmette.

**Abfahrt:** Vom Bahnhof-Parkplatz Wien - Meidling um 9:00 Uhr. Günstige Anreisemöglichkeiten ab Wels (7:20), Linz (7:34), Amstetten (8:00) und St. Pölten (8:23).

**Rückkunft:** Am Bahnhof-Parkplatz Wien - Meidling zwischen 19:00 und 19:30 Uhr. Programmablauf mit Rückreisedaten werden nach der Anmeldung zugesandt!

**Preis:** Busfahrt, Eintritte und alle Führungen: € 52,-

**Anmeldung:** Mit Angabe von Name, Anschrift und Rufnummer bis 31.7.2018: Telefonisch (Ruf: 01/408 22 73), fernschriftlich (Fax: 01/402 28 82) oder per e-Post (e-Mail-Adresse: mandl@oelm.at)

**Zahlung:** Im Voraus auf das Konto der ÖLM  
IBAN: AT67 6000 0000 0155 9093

**Kostenloser Rücktritt bis 1.9.2018 möglich!**



*Peter Rosegger*



## INFORMIERT

### Donaustädter Sommergespräche 2018

Juli und August, immer am Donnerstag von 19 bis 21 Uhr.  
GH Goldener Hirsch, Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien.

- Do 19.7. Klubobmann NAbg. Dr. Walter ROSENKRANZ
- Do 26.7. LAbg. Udo GUGGENBICHLER, MSC und LAbg. Karl BARON
- Do 2.8. NAbg. Petra STEGER
- Do 9.8. ab 17:30 Uhr Bundesministerin Dr. Karin KNEISSL  
ab 19:00 Uhr NAbg. Mag. Roman HAIDER
- Do 16.8. Bundesministerin Mag. Beate HARTINGER-KLEIN
- Do 23.8. Klubobmann NAbg. Mag. Johann GUDENUS, M.A.I.S
- Do 30.8. Bundesminister Mario KUNASEK

Moderation: LAbg. GR Angela Schütz (angela.schuetz@fpoe.at)

Die Mannschaft der Donaustädter Freiheitlichen freut sich auf Dein/Ihr Kommen!

NAbg. Dr. Martin Graf  
Bezirksparteiobmann

KO Toni Mahdalik  
geschäftsführender Bez. PO

**Wir weisen Sie darauf hin, dass auf diesen Veranstaltungen gefilmt und fotografiert wird.**

Aufnahmen werden im Anschluss von der Freiheitlichen Partei Österreichs verarbeitet und im Internet (insbesondere auf den Internetportalen der Verantwortlichen und in Sozialen Medien wie Facebook) oder aber auch als Live Stream veröffentlicht. Mit der Teilnahme an diesen Veranstaltungen nehmen Sie zur Kenntnis und erklären sich einverstanden, dass Aufnahmen von Ihnen verarbeitet und veröffentlicht werden.

Soweit sich aus den Bildnissen Hinweise auf die ethnische Herkunft, Religion oder Gesundheit des Mitarbeiters ergeben (z.B. Hautfarbe, Kopfbedeckung, Brillen, Art 9 DSGVO), bezieht sich dessen Einwilligung auch auf diese Angaben. Weitere Informationen finden Sie unter: www.fpoe.at/datenschutz

fPoeWienDonaustadt

twitter.com/FPoeDonaustadt

donaustadt.fpoe-wien.at



Impressum: Herausgeber, Medieninhaber: FPÖ Donaustadt, Konstanziagasse 31, 1220 Wien

# Sommer, Sonne, Ferien!

Gute Erholung wünscht euch

*HC Strache*

**Heinz-Christian Strache**  
Vizekanzler, FPÖ-Obmann



+++ Informationsservice +++ Informationsservice +++ Informationsservice +++

## Endlich Fairness für Österreich Die FPÖ in der Bundesregierung

Die Freiheitlichen haben das Wahlprogramm in fast allen Punkten umgesetzt. Zusätzlich zu einem großen Familienentlastungspaket sowie mehr Budget für Sicherheit und Pflege wird 2019 erstmals nach 65 Jahren ein Nulldefizit erreicht, und das ohne neue Steuern und Belastungen. Im Gegenteil: Die Steuer- und Abgabenquote wird bis 2022 auf rund 40 Prozent gesenkt. Dadurch wird die Zukunft der Kinder gesichert, Leistung belohnt und das soziale Netz gestärkt.

In der vorliegenden Broschüre finden Sie eine Auflistung der umgesetzten Versprechen.

**GRATIS zu beziehen über das FPÖ-Bildungsinstitut:**

Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder per Mail: [bildungsinstitut@fpoe.at](mailto:bildungsinstitut@fpoe.at)

Mit Ihrer Bestellung erklären Sie sich einverstanden, künftig über Aktivitäten und Neuerscheinungen der FPÖ und des FPÖ-Bildungsinstitutes informiert zu werden.

Endlich Fairness  
für uns Österreicher

DIE FPÖ IN DER BUNDESREGIERUNG

Mit uns geht was weiter